



# Die deutsche G7-Präsidentschaft

Alle Prioritäten über den  
Haufen geworfen?

Jürgen Maier

Alles sprach dafür, dass die deutsche G7-Präsidentschaft 2022 eine „normale“ Präsidentschaft werden würde. Die Liste der Themen-Prioritäten wurde in weiten Teilen noch von der Vorgänger-Regierung erstellt und wurde genauso erwartet. „Fortschritt für eine gerechte Welt“ ist das Leitmotiv. Nachhaltigkeit für den Planeten, wirtschaftliche Transformation und inklusives Wachstum, globale Gesundheit, Menschenrechte und offene Gesellschaft sind die Themen. Der Welthandel soll offen bleiben, aber auch fairer und nachhaltiger werden.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau nach den katastrophalen wirtschaftlichen Folgen der Corona-Maßnahmen unter den Vorzeichen von Nachhaltigkeit und Klimaschutz sollte das Signum der deutschen G7-Präsidentschaft sein. Von den NGOs gab es für das Programm überwiegend positive Resonanz. Die Schwerpunkte seien richtig gesetzt, jetzt komme es auf das Ambitionsniveau und die Umsetzung an, so der NGO-Tenor.

Nur bei näherem Hinsehen fanden sich Schwachpunkte der deutschen G7-Agenda bzw. ihrer nationalen Umsetzung. So etwa die beim G7-Gipfel 2021 in Großbritannien beschlossene Initiative, Sonderziehungsrechte (SZR) des Internationalen Währungsfonds (IWF) an dessen Mitgliedstaaten auszuteilen. Es handelt sich dabei um eine Kunstwährung, die gegen alle Währungen der IWF-Mitgliedstaaten umgetauscht werden kann. Damit sollten ärmere Länder des Südens analog zu den gigantischen Geldspritzen der Industrieländer in die Lage versetzt werden, die schlimmsten Corona-Folgen abzufedern und ihre Wirtschaft wieder anzukurbeln. Im August 2021 wurden dementsprechend SZR im Wert von 650 Milliarden Dollar an die Länder verteilt, entsprechend ihrer Anteile am IWF. Das bedeutet aber, dass der größte Teil an die reichen Länder des Nordens ausgeschüttet wurde, wo er nicht gebraucht wird – deshalb hatten die G7 vereinbart, diese SZR größtenteils an Länder des Südens weiterzugeben. Auf Deutschland entfielen SZR im Wert von 30 Milliarden Euro, die seitdem bei der Bundesbank lagern und nach Auffassung

von Bundesregierung und Bundesbank nicht weitergegeben werden können, weil das Bundesbank-Gesetz das so vorsieht. Ein echtes Ärgernis.

## Ukraine-Krieg: neue Lage

Dann kam der russische Einmarsch in die Ukraine und damit entstand eine völlig neue Lage. Die G7, der alte Westen, rückt zusammen, und das Verhältnis zu den G20 ist im Augenblick ziemlich unklar: Dort sind neben Russland auch Länder wie China, Indien, die Türkei oder Brasilien vertreten, deren Russland-Politik nicht deckungsgleich mit den G7-Staaten ist. Die bisherigen Prioritäten der deutschen Präsidentschaft rücken in den Hintergrund.

Welche weltwirtschaftlichen Verwerfungen der Ukraine-Krieg, die Sanktionen gegen Russland und damit der Ausfall vieler russischer und ukrainischer Exporte für die Weltwirtschaft haben werden, lässt sich bisher nur erahnen. Während man in Deutschland Sorgen wegen der Energieabhängigkeit von Russland hat, sind die Sorgen in vielen Ländern Nordafrikas und des Mittleren Ostens noch viel elementarer: Etwa ein Drittel der Welt-Getreideexporte kommen aus Russland und der Ukraine und werden vor allem von diesen Ländern importiert. Ein Ausfall dieser Exporte auf den Weltmärkten würde den Brotpreis dort hochschießen lassen und hätte dramatische Konsequenzen.

Es spricht viel dafür, dass die deutsche G7-Präsidentschaft eine größere Herausforderung werden wird, als man bis vor Kurzem erahnen konnte. Während in vielen Fragen innerhalb der zusammenrückenden G7 Einigkeit zu erzielen sein dürfte – zumindest auf der Ebene der Absichtserklärungen – könnte genau dies im parallelen G20-Prozess zu umso größeren Differenzen führen.

„Recover together, recover stronger“ lautet das Motto der indonesischen G-20 Präsidentschaft. Davon kann inzwischen keine Rede mehr sein. Schon die Vorstellung eines G20-Gipfels Ende des Jahres, bei dem die westlichen Regierungschefs mit Putin an einem Tisch sitzen, fällt schwer.

### Outreach-Gruppen im G7-Prozess

Auch die sog. Outreach-Gruppen, ohne die heute keine G7- oder G20-Präsidentschaft mehr denkbar ist, werden von den neuen weltpolitischen Realitäten betroffen. Business (B), Civil Society (C), Labour (L), Science (S), Think Tanks (T), Women (W) und Youth (Y) werden heute von den G7 und G20 regelmäßig formell und informell konsultiert. Neben der Entgegennahme von Positionspapieren und der öffentlichkeitswirksamen Präsenz der Regierungschefs oder anderer hochrangiger Vertreter der G7-Präsidentschaftsregierung beim jeweiligen Gipfel der Outreach-Gruppen ist inhaltlich vor allem die Gelegenheit wichtig, bei den Treffen der G7-Beauftragten der Regierungschefs (Sherpas) oder der Fachminister als Gäste Positionen vortragen zu können.

Der G20-Prozess war zumindest bei der Zivilgesellschaft der Formalisierung dieser Outreach-Gruppen ein paar Jahre voraus. Seit dem ersten öffentlichen Dialog 2007 in Bonn, damals noch G8 mit Russland, koordinieren das Forum Umwelt & Entwicklung und VENRO den deutschen G7/G20-Prozess. Bei der deutschen G20-Präsidentschaft 2017 wurde erstmals ein formalisierter zivilgesellschaftlicher Leitungskreis, das C20 Steering Committee, eingerichtet, das bewusst nicht auf NGO-Vertreter aus den Großmächten der G20-Länder beschränkt war, sondern internationale NGO-Netzwerke berücksichtigt hat. Dieses Modell haben alle C20-Prozesse der Folgejahre, selbst Saudi-Arabien 2020, übernommen. Erstmals wurde dies auch für C7 eingeführt. Bisher hatten sowohl die vorhergehenden C7-Prozesse, so sie überhaupt stattfanden, als auch die anderen Outreach-Gruppen sich auf Vertreterinnen und Vertreter aus den G7-Ländern beschränkt. Dementsprechend zeigt sich im C7 International Steering Committee bei einer Reihe von Fragen eine andere Sichtweise der Süd-Vertreter bzw. -Vertreterinnen als die der G7-Länder, u.a. auch zum Ukraine-Krieg. In den fünf C7-Arbeitsgruppen wird nun an den Forderungen und Positionen gearbeitet. Am 5. Mai sollen sie beim C7 Summit in Berlin an Bundeskanzler Olaf Scholz übergeben werden. Alles Weitere bei <https://civil7.org/>.



Jürgen Maier ist Geschäftsführer des Forum Umwelt & Entwicklung. Zuvor war er 1992 Organisator des „The Other Economic Summit“ in München parallel zum G7-Wirtschaftsgipfel, zum Kölner G8-Gipfel 1999 Mitinitiator der ersten NGO-Gespräche mit dem deutschen Sherpa, 2006 Mitglied der International Civil Society Advisory Group for the Russian G8 Presidency, und ist seitdem an diversen C7/C20-Prozessen beteiligt.

Bild © Stephanie von Becker

Dieser Text ist Teil des

**Rundbrief Forum Umwelt & Entwicklung, Ausgabe 1/2022**

## **WAS KOSTET DIE WELT?**

**NACHHALTIGKEIT BRAUCHT GERECHTE FINANZSYSTEME**



Zum Download weiterer Artikel und des gesamten Rundbriefs:  
<https://www.forumue.de/hintergrundanalyse/rundbriefe/>